



Der
17. JUNI 1953
in **BERLIN**



Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

BERLIN





Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

INHALTSVERZEICHNIS

Der 17. Juni 1953 in Berlin	4
Warum wurde protestiert?	8
Wann wurde protestiert?	10
Wer protestierte?	12
Wie wurde protestiert?	14
Wie endete der Aufstand?	18
Was folgte aus dem Aufstand?	20
Warum sollten wir uns heute noch an den 17. Juni 1953 erinnern?	24

Titelbild:

**Demonstrierende durchqueren am 17. Juni 1953
das Brandenburger Tor von Ost- nach West-Berlin.**

DER 17. JUNI 1953 IN BERLIN

Im Juni 1953 beehrten Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) entschlossen gegen das dort herrschende politische System auf. Aus zunächst örtlich begrenzten Protesten entwickelte sich ein landesweiter Volksaufstand. Besondere Bedeutung kam dabei Ost-Berlin zu. Hier hatten die Machthaber der alleinherrschenden Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ihren Sitz, von hieraus ergingen Befehle und Anweisungen für die gesamte DDR. Zugleich war West-Berlin direkt um die Ecke.



Die West-Berliner Zeitung „Der Abend“ berichtet am 16. Juni 1953 über den Aufruf zum Generalstreik in Ost-Berlin.

Sowjetische Panzer fahren am 17. Juni 1953 durch die Menschenmenge nahe des Potsdamer Platzes in Berlin.





**Solidaritätskundgebung
am Oranienplatz
in West-Berlin,
17. Juni 1953.**

Das ermöglichte der Bevölkerung den direkten Vergleich: zwischen dem diktatorischen, sozialistischen Ostteil der Stadt und dem demokratischen, kapitalistischen Westen. Dieser Vergleich fiel

immer mehr zum Nachteil der DDR aus. Denn dort stagnierte die Entwicklung, grundlegende Rechte wurden unterdrückt und Menschen mit abweichenden Meinungen vom Regime verfolgt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 hatten die Siegermächte Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) wurde 1949 zur DDR. Die kommunistische Sowjetunion begann alsbald, ihr eigenes Gesellschaftssystem auf das Gebiet zu übertragen. Von Beginn an wurden dabei tatsächliche wie vermeintliche Gegner hart bekämpft. Eigenständige Parteien, Verbände und Institutionen wurden zurückgedrängt oder durch SED-nahe Organisationen ersetzt. In Industrie und Landwirtschaft erfolgten massive Enteignungen. All diese Entwicklungen waren nicht demokratisch legitimiert, denn die SED stellte sich keinen freien Wahlen. Ihre Macht ruhte vor allem auf der Unterstützung durch die sowjetischen Besatzer. Viele Menschen flohen vor der Situation in die benachbarte Bundesrepublik.

Als im Frühjahr 1953 schließlich nicht mehr zu leugnen war, dass die SED eine völlig verfehlte Politik gegen das eigene Volk umgesetzt hatte, explodierte die Lage. Der Volksaufstand war die Folge.

WARUM WURDE PROTESTIERT?

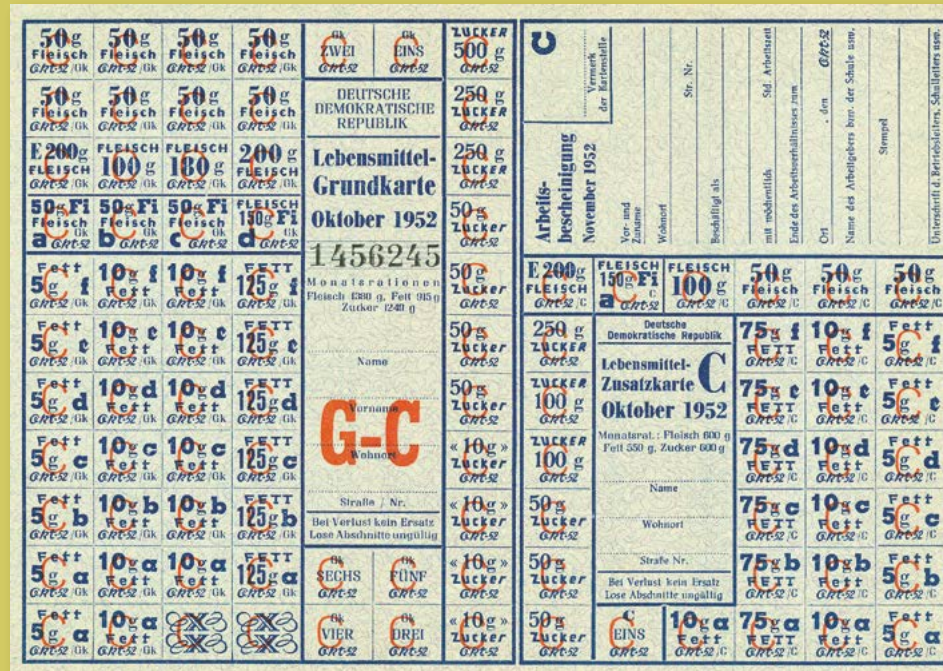
Auf Anweisung aus Moskau sollte ab Sommer 1952 in der DDR der Sozialismus aufgebaut werden. Die innerdeutsche Grenze wurde abgeriegelt, die Aufrüstung nachhaltig angekurbelt. Immer mehr Menschen, die nicht bedingungslos folgten, fanden sich in den Gefängnissen der DDR wieder. Die Versorgungslage wurde schlechter, Lebensmittel wurden teurer.

In der Bevölkerung wuchs die Unzufriedenheit über die SED-Politik bis zum Frühjahr 1953 rasant an. Daher ordnete die sowjetische Besatzungsmacht das sofortige Ende dieser Politik an. Als dies bekannt wurde, hoffte die Bevölkerung auf Konsequenzen für die Verantwortlichen. Die aber blieben aus. Mehr noch: Das SED-Regime nahm die beschlossenen Normerhöhungen für Arbeiterinnen und Arbeiter nicht zurück.

WUSSTEST DU ...

... dass die SED andere Parteien zwar zuließ, aber über alles ganz allein bestimmte?

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ war der heimliche Leitspruch der SED-Politik. Wer eine andere Meinung hatte, wurde verfolgt, drangsaliert oder gar inhaftiert. Zwar änderten sich die Methoden über die Jahre, doch der Machtanspruch blieb immer gleich.



Bestimmte Lebensmittel gab es in der DDR und Ost-Berlin bis 1958 nur mit solchen Lebensmittelkarten.

BASISWISSEN

Normerhöhungen

Ende Mai 1953 beschloss die SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen: Vor allem auf den Baustellen der DDR sollte demnächst in der gleichen Zeit ohne Lohnerhöhung mehr gearbeitet werden. Das kam in der Realität einer Lohnkürzung von bis zu 30 Prozent gleich.

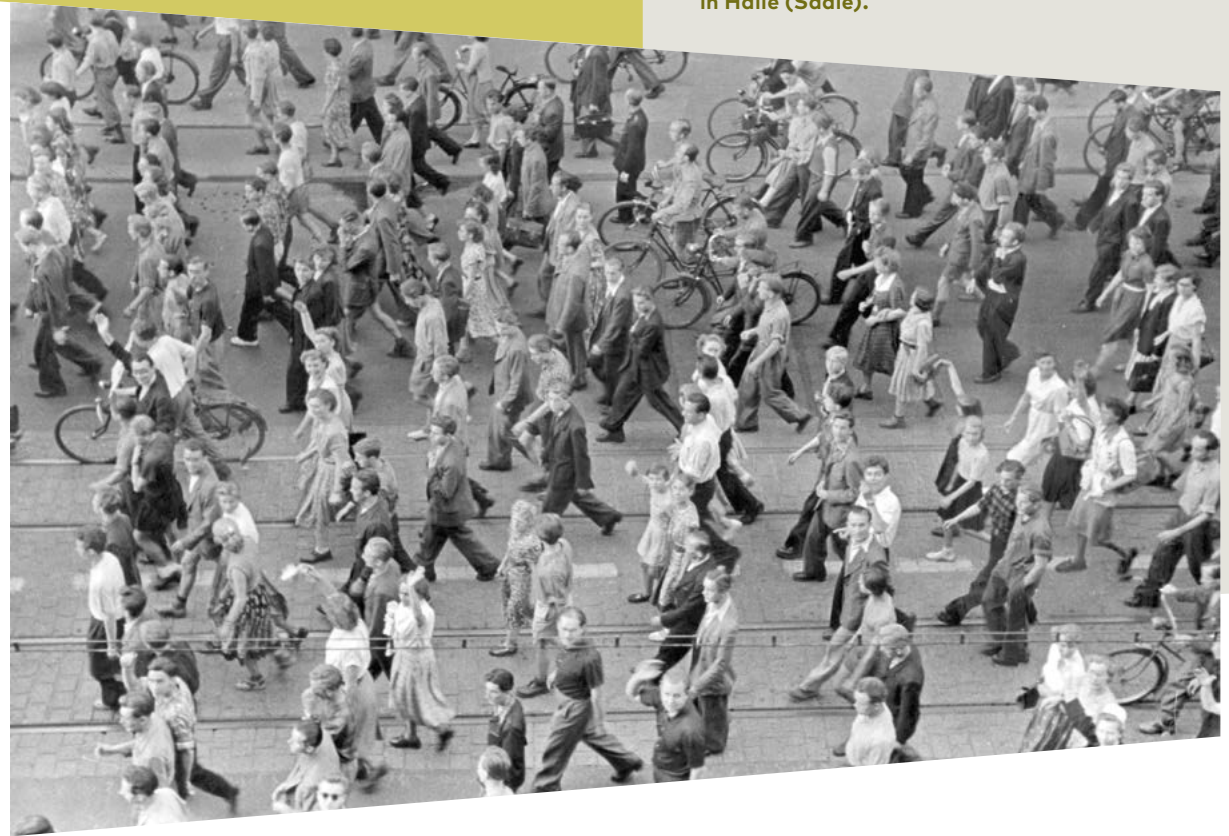
WANN WURDE PROTESTIERT?

Als klar war, dass es wegen der fehlgeleiteten Politik der SED keine Konsequenzen geben würde, regte sich schnell Protest. Schon seit dem 12./13. Juni 1953 begehrten die Menschen in einzelnen Orten der DDR auf, legten beispielsweise die Arbeit nieder.

Ab dem 15. Juni beteiligten sich auch Bauarbeiter und andere Mitarbeitende von Baustellen auf der Ost-Berliner Stalinallee an den Protesten. Da zunächst keine Reaktion von Seiten der SED kam, steigerte sich ihre Wut. Am 16. Juni 1953 waren bereits mehrere 10.000 Demonstrierende in Berlin unterwegs und forderten alsbald freie Wahlen und ein Ende der SED-Herrschaft. Für den 17. Juni riefen sie schließlich zum Generalstreik auf. Dies wurde im ganzen Land bekannt.

Am Morgen des 17. Juni war Ost-Berlin in Aufruhr. Überall in der Stadt gab es Demonstrationszüge. Das Aufbegehren blieb dabei keineswegs auf Berlin beschränkt: In mehr als 700 Orten der DDR protestierten mehr als eine Million Menschen.

Der Aufstand erfasste die gesamte DDR, hier Demonstrierende in Halle (Saale).



WUSSTEST DU ...

... dass die Bauarbeiter der Ost-Berliner Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) ihren Streikbeschluss am 13. Juni 1953 bei einer Dampferfahrt über den Müggelsee fassten?

WER PROTESTIERTE?

Die Demonstrierenden kamen aus nahezu allen Gesellschafts- und Altersschichten. Vor allem Bauarbeiter gingen beim Volksaufstand in Berlin auf die Straße, aber auch andere Arbeiterinnen und Arbeiter. Studierende und Selbstständige schlossen sich den Demonstrationen an, ebenso wie Passantinnen und Passanten.

Einige Beteiligte nahmen weite Wege auf sich: Tausende Arbeiter aus Hennigsdorf in Brandenburg zogen bereits im Morgengrauen des 17. Juni nördlich von Berlin los, um die Aufständischen in Ost-Berlin zu unterstützen. Während des Aufstands zeigten sich auch viele West-Berlinerinnen und -Berliner solidarisch und gingen nach Ost-Berlin, um an den Demonstrationen teilzunehmen.



Die Protestierenden aus Hennigsdorf waren zunächst hoffnungsfroh.

WIE WURDE PROTESTIERT?

Grenzschilder des sogenannten „demokratischen Sektors“ (Ost-Berlin) wurden niedergerissen.

Die Proteste begannen bereits am 15. Juni. Über den West-Berliner Radiosender RIAS und durch mündliche Weitergabe verbreitete sich die Nachricht vom Aufbegehren in der Stadt. Die Streikenden zogen am 16. Juni zunächst in Richtung Haus der Ministerien, um dort ihre Forderungen vorzutragen. Immer lauter wurde nun auch der Ruf nach Demokratie und freien Wahlen. Über ganz Ost-Berlin verteilt kam es zu Demonstrationen, mehr und mehr Betriebe streikten. Am 17. Juni begann der Streik bereits

früh am Morgen. Zahllose Demonstrationen bewegten sich in Richtung Innenstadt. Die Demonstrierenden bildeten Sprechchöre, auf Plakaten waren die wichtigsten Forderungen zu lesen. Zunächst war die Stimmung friedlich. Doch schnell machten die Streikenden ihrem Unmut Luft: Steine und Flaschen flogen, DDR-Fahnen wurden heruntergerissen und Anhänger des Regimes bedroht. Unter anderem auf dem Potsdamer Platz und am Brandenburger Tor, aber auch an der Warschauer Brücke, eskalierte die Situation.



BASISWISSEN

Der Radiosender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) informierte bereits ab dem 15. Juni über die Ereignisse in Ost-Berlin. Dem Sender war es möglich, aus West-Berlin heraus ohne Zensur zu berichten. Da der RIAS auch in anderen Städten in der DDR gehört wurde, konnte die Nachricht vom Streik in Berlin außerhalb der Stadt verbreitet werden.



Der Volksaufstand erfasste die gesamte DDR, wie schon die zeitgenössische Karte der damaligen Bundeszentrale für Heimatdienst (heute Bundeszentrale für politische Bildung) zeigt.



Nur durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über 167 von 217 Landkreise sowie den Einsatz sowjetischer Truppen in allen Bezirken konnte das Aufbegehren der Bevölkerung niedergeschlagen werden.

WIE ENDETE DER AUFSTAND?

Die SED war mit der Situation komplett überfordert. Das sowjetische Militär rückte mit Panzern gegen die Demonstrierenden vor. Landesweit kamen im Zusammenhang mit den Protesten mindestens 55 Personen ums Leben. Unter dieser Gewalt brach der Aufstand zusammen. Die SED-Führung ließ an den Protesten beteiligte Personen verfolgen und bestrafen. Bis Ende des Jahres wurden in der DDR etwa 13.000 Menschen verhaftet.

Der am 17. Juni mittags in Ost-Berlin verhängte Ausnahmezustand wurde erst am 11. Juli 1953 aufgehoben. So konnten die Sicherheitskräfte weiter gegen Proteste in den Betrieben vorgehen. Denn auch in den Tagen nach dem 17. Juni gab es noch vereinzelt Aufbegehren. West-Berlin war während dieser Zeit abgeriegelt, die Kontrollen an den Grenzübergängen wurden verschärft.



Mutiger Widerstand gegen sowjetische Panzer unweit des Potsdamer Platzes.

WUSSTEST DU ...

... dass das Polizeigefängnis in der Keibelstraße am Alexanderplatz eine zentrale Rolle bei den Berliner Ereignissen spielte?

Bereits am 16. Juni wurde vor dem Gebäude demonstriert und die Freilassung der Häftlinge gefordert. In den folgenden Tagen wurde es von der Polizei und dem Ministerium für Staatssicherheit als Untersuchungshaftanstalt für Aufständische aus Berlin genutzt.

WAS FOLGTE AUS DEM AUFSTAND?

Ein Erinnerung an die Ereignisse und ihre Opfer gab es in der SED-Diktatur nicht. Die DDR verurteilte den Volksaufstand offiziell als „faschistischen Putschversuch“, der von westlichen Kräften organisiert und durchgeführt worden sei. Als langfristige Konsequenz bekam das Ministerium für Staatssicherheit, die Geheimpolizei, mehr Personal und größere Kompetenzen. So sollten zukünftige Aufstände verhindert werden. Die SED festigte damit ihre Macht und die Diktatur. Das brutale Eingreifen der sowjetischen Truppen brachte der Bevölkerung die Erkenntnis: Mit der Besatzungsmacht vor Ort hatten Demonstrationen vorerst keine Chance. Bis in den Herbst 1989 hinein verhinderte unter anderem diese Erinnerung das Aufkommen von Protesten.

„IST ES SO, DASS MORGEN DER 17. JUNI AUSBRICHT?“

Der Chef des Ministeriums für Staatssicherheit, Erich Mielke, sagte diesen Satz am 31. August 1989 bei einer Leitungssitzung seines Ministeriums.

Erich Mielke, hier bei einer Rede im Jahr 1985, war von 1957 bis 1989 Minister für Staatssicherheit.



BASISWISSEN

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR wurde 1950 gegründet. Die Geheimpolizei, umgangssprachlich Stasi genannt, überwachte, kontrollierte und verfolgte vor allem die eigene Bevölkerung. Ihre Hauptaufgabe war es, die SED-Diktatur mit allen Mitteln zu sichern.



Das neue Straßenschild
der ehemaligen
Charlottenburger Chaussee.

In West-Berlin hingegen wurde bereits am 22. Juni 1953 die Charlottenburger Chaussee zu Ehren der Demonstrierenden und der Opfer in „Straße des 17. Juni“ umbenannt. So heißt sie bis heute. Am folgenden Tag gab es für die in West-Berliner Krankenhäusern Verstorbenen eine öffentliche Trauerfeier vor dem Rathaus Schöneberg.

WUSSTEST DU ...

**... dass der 17. Juni bis 1990
in der Bundesrepublik Deutschland
ein Feiertag war?**

Im Juli 1953 wurde er als „Tag der deutschen Einheit“ in der gesamten Bundesrepublik als gesetzlicher Feiertag eingeführt.

1990 schaffte die Bundesrepublik den 17. Juni als Feiertag zu Gunsten des neuen „Tags der Deutschen Einheit“ ab: des 3. Oktober.

QUELLE

„Der 17. Juni als
Feiertag – aber nicht
mehr als Gedenktag“



<https://www.ardmediathek.de/video/swr-retro-report-chronik/berlin-am-17-juni-1961/swr/Y3JpZDovL3N-3ci5kZS9hZXgwbzE0MzE2NjY>

Anschließend wurden sie auf dem Urnenfriedhof an der Seestraße beige-
setzt. Seit 1955 gibt es dort einen Gedenk-
ort, an dem jährlich an die Opfer
des Volksaufstandes erinnert wird.
Auch an anderen Erinnerungsorten in
West-Berlin wurden Blumen und Krän-
ze abgelegt. Doch mit zunehmendem
zeitlichem Abstand gerieten diese
Solidaritätsbekundungen wie auch die
Erinnerung an den Aufstand selbst im-
mer mehr in Vergessenheit.

WARUM SOLLTEN WIR UNS HEUTE NOCH AN DEN 17. JUNI 1953 ERINNERN?



2022: Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, bei der Gedenkveranstaltung am Friedhof Seestraße.

Der Volksaufstand vom Juni 1953 in der DDR war der erste Massenprotest gegen eine kommunistische Diktatur nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihm folgten weitere, etwa 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Diese Aufstände hatten eine grundsätzliche Gemeinsamkeit: Sowjetische Truppen schlugen sie blutig nieder. Erst ab 1989 gelang es sowohl in der DDR als auch

in zahlreichen Staaten Ost- und Osteuropas, die sowjetische Fremdherrschaft abzuschütteln und Wege in die Demokratie zu suchen. Auch wenn es keine direkte Verbindung zum Volksaufstand von 1953 gibt, so erfüllten sich nach 1989 doch zentrale Forderungen, die bereits Jahrzehnte zuvor erhoben wurden: Freie Wahlen und die staatliche Einheit Deutschlands.

Dem Volksaufstand kommt trotz seines Scheiterns ein zentraler Platz in der deutschen Demokratiegeschichte zu. Die Beteiligten gingen ein persönliches Risiko ein, um sich gegen die Diktatur zu stellen, und viele zahlten dafür einen hohen Preis. Die Erinnerung daran ist

auch heute noch wichtig, denn Demokratie ist nicht selbstverständlich, im Gegenteil: Sie ist durch Populismus und totalitäres Gedankengut gefährdet. Es braucht Menschen, die sich diesen Tendenzen widersetzen und die Demokratie verteidigen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin

www.aufarbeitung-berlin.de

Autorinnen: Jana Birthelmer, Dr. Jens Schöne

Gestaltung: www.bogun-dunkelau.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt der aufgeführten
externen Internetseiten nicht verantwortlich.

Bildnachweise

- Titel 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundespresseamt der Bundesregierung/
Perlia-Archiv/Bild Nr. 203056
- S. 4 Extrablatt: akg-images
- S. 5 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTB003466
- S. 6 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 Nr. 0025746/Fotograf: Gert Schütz
- S. 8 Sammlung DDR Museum, Berlin
- S. 11 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTA195909
- S. 13 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTB006236
- S. 15 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTB002901
- S. 16 Hauptstaatsarchiv Stuttgart, J 153 Nr. 539
- S. 17 Sammlung DDR Museum, Berlin
- S. 19 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundespresseamt der Bundesregierung/
Perlia-Archiv/Bild Nr. 203037
- S. 21 Bundesarchiv, Bild 183-1985-0206-042/CC-BY-SA 3.0
- S: 22 Harry Walter, ARE
- S. 25 BAB/Menke-Schersch



**Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur**